



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gepaltene Zeitzeile 1 Reichsmark Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Neue Wege.

Wenn wir uns in „der Welt“ umsehen, in der kleinen, die unser Heim ist, in der etwas größeren, die unsere Heimatstadt ist, und in der ganz großen mit ihren vielen Ländern und Städten, so bemerken wir neue Züge und Eigenheiten, die, aus Zeit und Geschlecht geboren, eben andere Formen zeigen, als sie uns aus der Geschichte oder gar aus unserer Kindheit bekannt sind. Sowohl technisch als politisch ist heute das Gesichtsfeld ein anderes als vor zwanzig Jahren. Und auch die Stellung der Arbeiterklasse ist, beeinflusst durch diese gesamte weltliche Entwicklung, eine andere geworden.

Unsere ganze heutige Zeit hat einen unverkennbaren Zug zum Kollektivismus. Nicht nur die Kapitalisten oder besser gesagt die Unternehmer schließen sich zusammen zu großen Interessengemeinschaften. Wir haben heute schon große Staatengemeinschaften — leider erst jenseits des Ozeans — in Amerika. Aber auch bei uns in Europa ist der Gedanke eines Pan-europa nicht mehr der eines einzelnen Utopisten. Der letzte große Krieg hat jedenfalls die Entwicklung nach dieser Richtung stark beeinflusst.

Und die Arbeiterklasse? Wie sieht sie in diesem Weltumstellungsprozeß? Auch sie ist heute im Denken, Fühlen und Handeln stark bestimmt vom kollektiven Gedankengang.

Die ehemals von ihrer Rechtslosigkeit sehr bedrückte und behinderte Arbeiterklasse drückt heute mit der Macht ihrer Gemeinschaft bei den Wahlen in Gemeinden, Ländern und Reichen auf die reaktionären Gegenparteien. Sie ist ein bedeutender Machtfaktor im Staatsleben geworden. Nur selten hört man heute in Arbeiterkreisen ein Wort gegen den „Parlamentarismus“. Und doch ist die Zeit noch nicht allzu fern, wo Syndikalisten und ähnliche Eigenbrötler eine irreführende antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Tätigkeit entfalteten. Heute würden solche Propagandamethoden auf den modernen, gewerkschaftlich durchgebildeten Arbeiter keinen nennenswerten Eindruck mehr machen. Ein Zeichen dafür, daß sich die Arbeiterklasse ihrer Macht und ihres Einflusses bewußt geworden ist. Wenn auch im Staatsleben sich ihr Einfluß kraft ihrer Zahl noch nicht voll auswirkt, so geschieht dies deswegen nicht, weil wir keine politisch neutrale Arbeiterpartei haben — die natürlich schwer zu schaffen wäre — und die Stimmen der gesamten Arbeiterklasse sich verteilen auf die politischen Linksparteien (Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten). Auch religiöse Momente führen zu einem Teil solchen Parteien Arbeiterstimmen zu, die nicht immer reine Arbeiterinteressen vertreten. So kommt es, daß der Einfluß der Arbeiterklasse sich verhältnismäßig langsam auswirkt.

Aber wir können heute schon feststellen, daß dieser Einfluß unverkennbar ist. Trotzdem die Gewerkschaften noch nicht reiflos alle Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert haben, ist es doch möglich gewesen, die Macht der schon organisierten dazu zu benutzen, um gewisse Gesetze und Bestimmungen zu schaffen, die dem Arbeiter und seiner Ware Arbeitskraft einen dem Arbeiter gewährenden. Ein Narr wäre der, nachhaltigen Schutz gewähren. Ein Narr wäre der, der da glaubte, daß auch ohne die machtvolle Stellung der heutigen Arbeiterklasse dies möglich gewesen wäre.

Wie die Unternehmer diesen Einfluß der Gewerkschaften einschätzen, geht am besten daraus hervor, wie sie bemüht sind, die Arbeiter von den Gewerkschaften fernzuhalten und wie sie sich weiter bemühen, durch Schaffung von Wohlfahrtsvereinen und Wert- sportabteilungen die Arbeiterkraft an den Betrieb zu fesseln und dadurch den Gewerkschaften bzw. den Arbeiterparteivereinen ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse zu verringern. Der Leiter der Berliner Gewerkschaftsschulen veröffentlichte kürzlich das Ergebnis einer Umfrage unter den Betriebsräten der Großindustrie Berlins über den Wertsport. Danach haben 25 große Werke Sportabteilungen, die bei einer Gesamtbeschäftigung von 153 000 Beschäftigten ungefähr 7500 Mitglieder aufweisen. Fast alle Vereine erbatlen Zuschüsse von den Unternehmern. Sportleistung wird in 21 von 25 Vereinen geliefert. Beiträge werden nicht

oder nur in geringer Höhe erhoben. 16 Betriebe stellen Sportplätze zur Verfügung. In einigen Betrieben genießen die Sportler auch noch Sondervergünstigungen.

Die Absicht dieser Bestrebungen der Unternehmer ist sonnenklar. Sie bedeutet nichts weniger, als daß sie durch diese Entfremdung der Arbeiter und Arbeiterinnen von ihren Klassengenossen die Macht der Arbeiterklasse zu schwächen versuchen.

Jedoch sind diese Bestrebungen nicht allzu bedenklich aufzunehmen. Der gesunde Sinn der Arbeiterklasse empfindet fast instinktiv die Absicht hinter dem süßen Köder. Und die Agitationskraft der Gewerkschaften ist heute nicht zu unterschätzen. Auch sie müssen heute neue Wege beschreiten. Mit Kino und Rundfunk, den beiden gewaltigen Volksbeeinflussungsmitteln der Gegenwart, müssen auch sie arbeiten, wenn sie an die Masse der Arbeitenden herantreten wollen. Schon längst sind einfache Versammlungen nicht mehr ausreichend, um die vielen speziellen Interessengebiete des Gewerkschaftslebens der Arbeiterklasse näher zu bringen. Die große Fülle der neuen arbeitsrechtlichen Gesetze bedingt eine umfangreiche Schulung der Funktionäre und Mitglieder. Unablässig bemühen sich die Gewerkschaften neue Bildungseinrichtungen zu schaffen, um jene Kenntnisse zu verbreiten, die heute notwendig sind, um den Kampf gegen das Unternehmertum erfolgreich zu gestalten. Dertliche Säulen werden unterhalten, in denen die Hörer in Abendkursen nach ihrer Tagesarbeit sich mit den verschiedensten arbeitswissenschaftlichen Fragen befassen können. Darüber hinaus aber beschiden die Gewerkschaften besonders geschaffene Schulen (Frankfurt a. Main, Linz) mit befähigten Mitgliedern, die dort, frei von beruflichen Fesseln, in mehrmonatigen Kursen tiefer in das Gebiet des Arbeitsrechts vorstoßen und später mit gutem Rüstzeug gute Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse werden sollen.

Mit der zunehmenden Macht der Arbeiterbewegung kamen eben neue Rechtsprinzipien auf, die die Grundlage für das heutige Arbeitsrecht bildeten. Darum bewegt sich ein großer Teil der heutigen gewerkschaftlichen Tätigkeit in mehr „gesetzlichen“ Bahnen. Und zum Unterschied von früher tritt der direkte „Kampfstandpunkt“, der immer Streit und Aussperrung bedeutete, etwas zurück. Darum ist heute nicht weniger Energie und Tatkraft der Massen und Führer notwendig, um ihre Interessen zu wahren. Nur die Form ist verändert.

Galt früher der „freie“ Arbeitsvertrag, unter dem der Arbeiter billiges Ausbeutungsobjekt war, so ist heute an seine Stelle getreten der Tarifvertrag, der als kollektives Recht, wenn Verbindlichkeit durchgesetzt wurde, sich über die Einzelarbeitsverträge erhebt. Grundrecht dieser Sachlage ist das Koalitionsrecht, das in Artikel 159 der Verfassung anerkannt wurde. Durch dieses Recht ist dem Kollektivwillen der Vorgesetzten vor dem Individualwillen gesichert worden. Die Recht- und Machtlosigkeit des einzelnen wurde so erheblich gemildert. Die kollektive Macht der Gewerkschaften ist eben größer als die des Einzelmenschen.

Ich will hier nicht eingehen auf die Einzelheiten des Schlichtungsverfahrens bei Tarifstreitigkeiten und auf die Fragen der Tariffähigkeit. Die Unternehmer versuchen ja heute von Tarifverträgen loszukommen dadurch, daß sie sich für „nicht tariffähig“ erklären. Doch das sind Rechtsfragen, die nicht von ihnen allein gelöst werden. Ich will aber vorweisen auf die gesamte Arbeiterschutzgesetzgebung und auf das Betriebsrätegesetz. Das letztere besonders ist ein Gesetz, das dem Herrschaftsprinzip des Unternehmers das Kollektivrecht der Beschäftigten, vertreten durch ihren Betriebsrat, entgegensetzt.

Und nun zum Schluß. Was ist anders geworden gegen früher? Da ist zuerst die Arbeitszeit zu nennen. Fragen wir unsere Väter und Mütter nach den Arbeitszeiten ihrer Eltern und verglichen wir die Antworten mit den tariflich geregelten Arbeitszeiten unserer Tage, so wird uns die Veränderung offenbar werden. Wohl alle Tarifverträge weisen heute Bestimmungen über Urlaub auf. Und auch dieser Ge-

danke hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht.

Gewiß bringt die heutige Form der Produktion in die Tagesarbeit des einzelnen vielfach eine trostlose Einförmigkeit. Die Seele schwingt nicht mit im Tageswert. Es ist kein Interesse am zu schaffenden Gegenstand beim Arbeiter vorhanden. Es fehlt der schöpferische Impuls, der früher die handwerkliche Tätigkeit verschönte. Jedoch auch hier muß die Zeit und die Kraft der Arbeiterklasse selbst den Ausgleich schaffen. Die Ansätze dazu sind vorhanden. Wir haben heute eine eigene Freizeitkultur der Arbeiterklasse. Angefangen bei den Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften geht sie fort über die Idee der Volkstheatergemeinschaften zu Siedlergenossenschaften, Sport- und Wandervereinigungen. Die Gewerkschaften haben eigene Jugendgruppen, in denen die jungen Leute ihre Freizeit bei Spiel und Wandern in Gemeinschaft der Gleichgesinnten verbringen. Und unverkennbar ist überall ein starker Zug zum Gemeinschaftsleben, das losgelöst ist aus der Enge tabakdurchwolkter Kneipen, in denen noch unsere Väter, niedergedrückt von der allzu harten Fron, vergebens Erholung suchten. Aber wie auch immer die Keime wachsender Kraft aus der Dunkelheit streben, so sind auch aus diesem Milieu die Kräfte erwachsen für einen neuen, eigenen Kulturwillen der Arbeiterklasse.

Noch ein Wort zur modernen Kunst und Architektur. Auch sie stehen unter dem großen Einfluß des kollektiven Zeitgedankens. Mehr oder minder irreführende Beeindrungen der Kunstform ändern daran nichts. Es strebt alles nach Einfachheit und Zweckmäßigkeit. Die „neue Sachlichkeit“ beherrscht heute das Feld. Und das ist gut so. Nie vordem hatte die menschliche Gesellschaft es nötig, so hausfälligerich mit dem Schönheitssinn zu sein, als gerade heute. Und es ist besonders die Arbeiterklasse, die diese Bestrebungen durch williges Eingehen auf neue zweckmäßige Formen stark unterstützen soll. Wir brauchen Einfachheit, Farbenpracht und ruhige Schönheit im Heim, im Versammlungsraum, in der Sprache und in öffentlichen Kunstgegenständen. Denn gerade wir Arbeiter wollen die Welt neu gestalten. Daß nicht mehr der Arbeiter in bierdunklen Höhlen sich alles bieten lassen muß, was ihn moralisch, sittlich und geistig arm macht, sondern, daß er in heiter-schönen neuartigen Gewerkschafts- oder Gemeinschaftshäusern seine Jugend und auch die Alten finden läßt:

„Mit uns zieht die neue Zeit!“

P.

## Die Rechnung der Unternehmer.

Ein stürmisches Frühjahr steht der Arbeiterklasse bevor. Lohnkämpfe und dazu oder anschließende Wahlkämpfe von entscheidender Bedeutung müssen ausgefochten werden. Die Unternehmer greifen zu neuen Maßnahmen. Wahnsinnige Drohungen mit Aussperrungen, die das ganze Wirtschaftsleben lahmlegen würden, sollen die Deffektivität einschüchtern. Man kann nicht bestreiten, daß die Scharfmacher mit ihrem ersten derartigen Versuch einen gewissen Erfolg erzielt. Ihre Drohung, zu Neujahr eine halbe Million Stahlarbeiter auf die Straße zu werfen, wozu noch eine halbe Million Arbeiter in abhängigen Betrieben gekommen wäre, hat doch dazu geführt, daß berechnete Forderungen trotz aller gesetzlichen Ansprüche beschnitten wurden. Dieser Erfolg reizt natürlich zu weiteren Versuchen. In Mitteldeutschland stehen etwa 50 000 Metallarbeiter im Streit. Nun hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, den Kampf durch eine Gesamtaussperrung in der Metallindustrie ab 22. Februar auf das ganze Reich auszudehnen. Mehr als 800 000 Arbeiter würden von dieser Aussperrung betroffen. Dazu muß man noch wenigstens eine Million Arbeiter in den abhängigen Betrieben rechnen. Dieser Riesenkampf müßte einen allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch nach sich ziehen und würde auch die Finanzen des Staates völlig zerrütten. Die Unternehmer denken wohl im Ernst gar nicht daran, ihn auch durchzuführen. Sie machen eben einen neuen Einschüchterungsversuch und

erwarten, daß die Öffentlichkeit und die amtlichen Schlichtungsstellen darauf hineinfallen. Wir wollen hoffen, daß sie sich diesmal täuschen und daß sie belehrt werden, daß auch in der Zukunft ein „Kriegszustand der wilden Männer“ nicht genügt, sich von selbstverständlichen Verpflichtungen zu drücken.

Natürlich hat der Unternehmerverband seiner Kampfanlage auch eine Begründung mitgegeben. Hier ist sie: „Der Zustand, daß jeder Tarifabsatz die Bewerkschaften zu einer Vorkauforderung veranlaßt, ist volkswirtschaftlich untragbar, da er zu einer dauernden Beunruhigung der Wirtschaft und, falls den Forderungen immer wieder nachgegeben wird, durch die aufeinanderfolgenden Lohn- und Preiserhöhungen auf die Dauer zu einer Schraube ohne Ende und damit zu einer vollkommenen Unterbindung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt führen muß. Daraus ergibt sich, daß die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die Lohnpolitik der deutschen Industrie werden muß.“

Es ist wirklich erstaunlich, wie spurlos alle Erkenntnis aus Unternehmergehirnen verschwinden kann. Auf dem letzten Industrie- und Handelstag in Hamburg wurde eine Entschlebung gefordert, die den Satz enthält: „Die Anpassung des Verbrauches an die gestiegene und steigende Erzeugung ist eine Sache der Einsicht und des guten Willens der Menschen.“ Das heißt also, eine Verhütung der Krisen, oder wenigstens die Ausschaltung der größten Schwankungen, ist durch eine Hebung der Kaufkraft sehr wohl zu erreichen. Heute sind wir bei einem Zustand angelangt, der schon deutliche Zeichen einer Ueberproduktion erkennen läßt. Es ist die höchste Zeit, daß nun die „Anpassung des Verbrauches“, also eine allgemeine Steigerung des Reallohnniveaus erfolgt. Statt dessen ist das Unternehmertum geneigt, die ganze Wirtschaft zu gefährden, nur um seinen Machtdünkel nicht aufgeben zu müssen. Man kann kaum mehr daran zweifeln, daß es sich bei den Maßnahmen der Unternehmer nicht mehr um eine Auseinandersetzung um die richtige Wirtschaftspolitik handelt, sondern lediglich um die Niederhaltung der Arbeiterklasse, auch wenn dadurch die ganze Gesellschaft geschädigt wird.

Wenn die Arbeiterschaft von der „Einsicht und dem guten Willen“ der Unternehmer abhängen würde, wäre es sehr schlecht um sie bestellt. Sie muß sich bei dem bevorstehenden Kampf auf ihre eigene Kraft verlassen. Wenn es wirklich zu riesigen Streits und Aussparungen kommen sollte, ist es nicht die Schuld der Arbeiterschaft. Wie der Verband der Deutschen Metallarbeiter erklärt, und wie vielleicht mancher andere Zentralverband noch erklären wird müssen, können wir allen Maßnahmen mit der Ruhe und Gelassenheit entgegensehen, die jeder empfindet, der für eine gerechte Sache kämpft.

In manchen Köpfen mag die Vorstellung leben, daß uns eine richtige Krise gegenwärtig recht willkommen sein könnte. Am 1. Oktober beginnt das fünfte Reparationsjahr, in dem Deutschland zum ersten Male den vollen Normalbetrag von zweieinhalb Milliarden Mark wird zahlen müssen. Dieses Jahr wird wohl auch für die Bestimmung der endgültigen deutschen Leistungsfähigkeit entscheidend sein. Also, denkt sich der gewichtige Wirtschaftspolitiker, der sich sonst auf Unternehmertagungen als berufsmäßiger Schwarzmaler betätigt, machen wir eine ordentliche Krise, um unsere Leistungsfähigkeit gründlich zu beweisen. Es ist kein Zweifel, daß solche Gedanken schon im Ernste aufgetaucht sind, wenn auch schwer festzustellen ist, wie weit sie in verantwortliche Kreise hineintreten. Jedenfalls lag schon genug vor, um den Reparationsagenten Pariser Gilbert argwöhnisch zu machen und

ihn zu veranlassen, in der letzten Denkschrift die Regierung unzweideutig vor Sabotageversuchen zu warnen. Es wäre auch sträflich dumm, anzunehmen, daß man mit solchen Mäßen unsere Gegner täuschen könnte. Hier bietet kein anderer Weg als die offene Verständigung und vor allem erkennbarer Verständigungswille. Dagegen würden wir aus einer gespielten Krise sehr wahrscheinlich eine ernste Krise hineinschlittern, die uns unergleichlich mehr Schaden bringen würde, als uns eine geringe Erleichterung in den Reparationszahlungen nützen könnte.

Die Unternehmer rechnen diesmal damit, ihr Ziel durch Einschüchterung zu erreichen und spielen vielleicht noch mit dem Gedanken, mit einer „künstlichen Krise“ ein Geschäft zu machen. Die Kosten müßte natürlich die Arbeiterschaft zahlen, wenn sie nicht dafür sorgt, daß durch diese Rechnung ein Strich gemacht wird.

## Um den Achttundentag.

Die letzten Verhandlungen des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts in Genf haben wie ein Alarmgeschrei gewirkt. Es geht um den Achttundentag. Die Reaktion, die immer gegen ihn war, hat einen Führer bekommen, der sehr beachtenswert ist: die englische Regierung. Diese hat durch ihren parlamentarischen Staatssekretär Betterton, der lediglich zu diesem Zweck nach Genf gekommen war, eine lange Erklärung verlesen lassen, worin die Replik des Washingtoner Uebereinkommens über den Achttundentag durch die Internationale Arbeitskonferenz des Jahres 1929 verlangt wurde.

Wer beobachtet hat, warum es mit der Ratifizierung dieses Uebereinkommens so langsam voranging, obgleich es sich dabei um die Glanznummer des Genfer Amts handelt und obgleich nahezu Einstimmigkeit bei seiner Annahme herrschte — es waren auf der Washingtoner Konferenz nur zwei Stimmen dagegen —, der weiß, daß das Haupthemmnis der passiven Widerstand der großen Industrieländer war. Und unter denen war es immer England, das die merkwürdigste Rolle spielte. Stets gab es sich den Anschein, als sei es geneigt zu ratifizieren, aber immer fand es neue Gegenstände. Es war der Veranstalter der Konferenzen von Bern und London, zu denen es die Regierungen von Deutschland, Frankreich, Belgien und Italien eingeladen hatte. Immer hat es dann gegähren, als sollte es mit der Ratifizierung vorwärtsgehen, aber England hat sich nicht gerührt. Im Gegenteil, während Belgien bedingungslos ratifizierte, Frankreich es bedingt tat und Deutschland durch den Arbeitsschutzgesetzentwurf die Grundlage für die Ratifizierung vorbereitete, wurde in England die Arbeitszeit der Bergarbeiter verlängert.

Jetzt hat die englische Regierung die Maske fallen lassen. Das heißt: die jetzige Regierung, deren Tage höchstwahrscheinlich gezählt sind und die sich den Ruhm nicht nehmen lassen will, als eine ihrer letzten Taten den Sturm auf den Achttundentag unternommen zu haben.

An sich war zu erwarten, daß die nächsten Jahre solche Anregungen bringen würden, denn der Artikel 21 des Uebereinkommens sieht vor, daß mindestens alle zehn Jahre der Verwaltungsrat der Konferenz einen Bericht über die Durchführung des Uebereinkommens zu erstatten und darüber zu entscheiden habe, ob seine Durchsicht oder Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll. Aber es kommt doch immer darauf an, wer der Antragsteller ist.

Einstweilen hat die englische Regierung nichts weiter erreicht, als daß sie, mit Ausnahme der Arbeitgeber, alle Leute vor den Kopf gestoßen hat. Ihren Antrag hat sie zugunsten eines anderen, den der französische Regierungsvertreter stellte, zurückgezogen. Und der

französische Antrag läuft fimmgemäß darauf hinaus, daß der Verwaltungsrat in seiner nächsten Sitzung die Sache prüfen soll. Aber immerhin: im Rollen ist der Stein, und er wird sich auch nicht mehr aufhalten lassen.

Zunächst handelt es sich allerdings darum, die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats und der Internationalen Arbeitskonferenz zu ergänzen, da sie gar nichts darüber besagt, welches Verfahren bei der Durchsicht oder Abänderung eines Uebereinkommens einzuhalten ist. Diese Lücke wird ausgefüllt werden, denn der Geschäftsausschuss des Verwaltungsrats wird Ende März in Paris zusammentreten und entsprechende Vorschläge ausarbeiten. Mit diesen Vorschlägen wird sich dann der Verwaltungsrat Ende April beschäftigen und auch er kann nichts Endgültiges schaffen, er kann lediglich seine Vorschläge der nächsten Konferenz vorlegen, die die Geschäftsordnung endgültig zu genehmigen hat. Solange das Verfahren nicht genehmigt ist, ist natürlich nicht daran zu denken, daß die Nachprüfung vorgenommen werden kann.

Damit soll natürlich nicht etwa der Freude darüber Ausdruck gegeben werden, daß dadurch Zeit gewonnen ist, denn dieser Gewinn bedeutet tatsächlich einen Verlust. Es ist ja klar, daß nun, nachdem die englische Regierung erklärt hat, daß sie das Uebereinkommen nicht ratifizieren werde, kein Land ratifiziert. Und bleibt die Sache lange in der Schwebe, dann ist sogar zu befürchten, daß Länder, die ratifiziert haben, die Ratifikation wieder aufkündigen. Nichts ist ja in solchen Dingen so gefährlich wie die Unklarheit und Ungeklärtheit. Deshalb ist notwendig, daß sobald wie möglich reine Bahn geschaffen wird.

Damit steht die Haltung der Arbeitergruppe des Verwaltungsrats nicht in Widerspruch. Diese hat zwar wiederholt entschieden betont, daß sie keine Revision will. Aber sie hat damit lediglich sagen wollen, daß sie keine Verschlechterungen will. Würden sich die Arbeiter gegen die Revisionen der verschiedenen Uebereinkommen sträuben, dann würden sie ja damit zum Ausdruck bringen, daß die Uebereinkommen alle Wünsche der Arbeiter restlos erfüllen. So sieht es aber bei weitem nicht aus. Es gibt kein Uebereinkommen, das nicht Verbesserungsbedürftig wäre. So ist es auch mit dem Uebereinkommen über den Achttundentag. Wir in Deutschland haben nie etwas anderes gesagt, als daß wir mehr wollen, als das Uebereinkommen enthält. Ohne das kommunistische Evangelium vom starren Achttundentag nachgeben zu wollen, müssen wir doch ganz ruhig zugestehen, daß in dem Entwurf so manches Loch, durch das eine längere als die achtstündige Arbeitszeit durchschlüpfen kann, zugestopft werden muß. Auch Unklarheiten enthält das Uebereinkommen; es läßt sich mancherlei so oder anders auslegen. Wenn diese Unklarheit behoben werden kann und eine schärfere, den Arbeitern günstige Fassung zustandekommt, wird es nur gut sein.

Also: wir haben die Meinung, daß die Arbeiter gar keine Veranlassung haben, sich grundsätzlich gegen eine Nachprüfung zu wenden. Eine solche Parole auszugeben, dazu liegt kein Grund vor. Die Lösung muß sein: keine Verschlechterung. Dafür haben sich die Arbeiter stark zu machen, und zwar so stark wie möglich. Denn daran ist ja nicht zu denken, daß hinter dem Revisionsantrag die Absicht steht, das Uebereinkommen zu verschlechtern. Auch die Arbeitgeber haben diese Absicht. Die Gefahr der Verschlechterung ist da. Aber das ist noch lange nicht die Verschlechterung selbst. Der Stärke und dem Einfluß der Arbeiterbewegung ist es zu danken gewesen, daß das Washingtoner Uebereinkommen überhaupt zustandekam. Die Arbeiter werden auch dafür zu sorgen wissen, daß es nicht rückwärts, sondern vorwärts geht.

## Nützliche Gespräche über Unfallverhütung!

I. Teil.

B. Was ist denn heute mit dir los? Dir schmeckt ja dein Frühstück gar nicht! Fehlt dir etwas?

A. Nein.

B. Ist etwas vorgefallen?

A. Hast du nicht den Wagen der Rettungswache vor der Tür halten sehen?

B. Also ein schwerer Unfall?

A. Die Gilly ist schwer verunglückt; sie wurde ins Krankenhaus geschafft.

B. Die Gilly? D. wie schade, so ein prächtiges Mädel!

Was ist ihr denn passiert?

A. Sie ist in die Tiegeldruckpresse gekommen.

B. Die Gilly, unsere geschickteste, beste Angelerntin?

A. Ja, sowohl, es sind hier an der rechten Hand sämtliche Finger außer dem Daumen sehr stark gequetscht worden, daß sie wahrscheinlich entfernt werden müssen. Ich habe ihr nur nebst einem Verband angelegt; sie ist ohnmächtig weggeschafft worden.

B. Die Arme! Und wie ist denn das zugegangen? War die Schutzvorrichtung nicht daran?

A. O, nein, soviel hat meine ununterbrochene Aufklärungsarbeit hier im Betriebe doch wohl bewirkt, daß Schutzvorrichtungen nicht von der Maschine entfernt werden.

B. Na, wie kann dann aber jemand verunglücken, noch dazu die geschickteste Angelerntin?

A. Ich habe mir sofort nach dem Unfall die Tiegeldruckpresse angesehen und bemerkt, daß es drei besondere Umstände waren, die zusammen das Verhängnis bewirkten.

B. Was, sogar drei Ursachen willst du erkennen, und dabei war doch, wie du sagtest, die Schutzvorrichtung in Ordnung.

A. Höre zu: Es wurde ein kleiner Zettel gedruckt. Die Form war mittels Sparrahmen in der Mitte geschlossen.

Das war im Sinne eines unfallfreieren Arbeitens der größte Fehler.

B. Was ist denn dabei fehlerhaft? Eine kleine Form muß man doch in der Mitte schließen, sonst schmißt doch der Tiegel, und wozu gibt es denn überhaupt Sparrahmen, wenn man kleine Formen nicht in der Mitte schließen darf?

A. Nein, nein, da scheint du wirklich nicht recht zu haben.

B. Immer langsam. Du wirst mir doch bestimmen, daß man entschieden sicherer einlegt, wenn die Anlage bis an die Tiegeloberante herreicht, sicherer jedenfalls, als wenn man bis in die Mitte des Tiegels hineinfassen muß.

B. Das ist ohne weiteres richtig. Wenn die Angelerntin nicht in der Tiegel hineinzufassen braucht, sondern mit den Händen an der Oberante bleibt, kann sie nicht verunglücken; sie würde auch kürzere Zeit zum Anlegen nötig haben, daher besser und mit weniger Material arbeiten. Das wäre allerdings nicht nur ein Vorteil in unfallverhütender Beziehung, sondern auch in wirtschaftlicher. Aber es ist doch nicht möglich wegen des Schmiegens.

A. Du arbeitest an Schnellpressen und hast daher das Wertblatt der Berufsgenossenschaft. Wie sind Unfälle an Tiegeldruckpressen zu verhüten? nicht erhalten und nicht gelesen, sonst würdest du Bescheid wissen; denn jeder an einer Tiegeldruckpresse Arbeitende hat feinerzeit dieses Wertblatt erhalten.

B. Allerdings, das Wertblatt kenne ich nicht.

A. Nun höre zu: Das Schmiegen des Tiegels beim Hochschließen einer kleinen Form läßt sich auf folgende Weise vermeiden. Man schließt unten quer in die Form einen beinahe schiffhohen Eisenring, vielleichte einen Giergrad unter schiffhohes. Dadurch erreicht man, daß dieser Ring von den Formwänden nicht eingezogen wird, also auch den Aufzug nicht beschmigt. An der Stelle nun, wo der Ring liegt, wird entsprechend ob oder unter dem Aufzug eine Uebereinstimmung oder ein ebenso dicker Kartontreifen befestigt. Dann wird durch den Ring auf dem Tiegel ein

Druck erzeugt, aber keine Farbe abgegeben. Die hochgeschlossene Form wird also gleichmäßig ohne Schmiegen abgedruckt, denn der Tiegel wird zufolge des unten zum Druckausgleich eingeschlossenen Steges gleichmäßig beansprucht.

B. Das leuchtet mir ein. Warum ist's denn hier nicht gechehen?

A. Das ist eben das Verhängnis. Der Maschinenmeister in der Tiegeldruckabteilung weiß Bescheid und ich habe schon des öfteren bemerkt, daß er die Lebringe, die die Form schließen, richtig anweist; aber gerade heute hat ein Lebring bei der eiligen kleinen Arbeit den Sparrahmen, den der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft bei der letzten Besichtigung ausdrücklich befestigen ließ, wieder hervorgeholt, um damit auf schnellste Weise die kleine Form in der Mitte des Rahmens zu schließen.

B. Derartige Sparrahmen sollte eigentlich von der Berufsgenossenschaft direkt verboten werden.

A. Das wäre allerdings das Beste! Diese Rahmen können ja auch auf andere Weise angefertigt werden; nicht in der Mitte, sondern oben wird der Raum zum Schließen der kleinen Form vorgesehen und unten ein beinahe schiffhohes, breiter Eisenring. Dann wäre der Forberung der Berufsgenossenschaft in bester Weise Rechnung getragen. Ich werde jedenfalls den Chef bitten, daß der alte Sparrahmen aus dem Betriebe entfernt wird.

## Werttag und Arbeitergesang.

Die Seele sinkt in sich selbst zusammen, wenn nicht edle Kunst, große Monumente, erhabene Gesänge unseren dürftigen Geist beleben. (Germaine von Staël-Holstein.)

Woche an Woche reißt sich, Jahr an Jahr, unaufhörlich wiederholt sich der eintönig-gleichlaufende Arbeitstakt des Werttätigen, der wohl den Einsatz seiner Kräfte fordert, aber

## Die Frühjahrsbewegungen und die Unternehmerverbände.

Wie wir bereits kürzlich mitgeteilt haben, laufen im März und April eine große Anzahl von Tarif- und Lohnverträge ab. Die größte Zahl sowohl der Rahmenverträge wie auch der Lohnverträge müssen erneuert werden. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nimmt zu diesen Massenbewegungen der nächsten Monate in einer Denkschrift Stellung. Nach dieser Denkschrift laufen im Februar 33 Tarife mit 217 000 Arbeitern, im März 171 Tarife mit 2 170 000 Arbeitern und im April 43 Tarife mit 708 000 Arbeitern ab. Das sind insgesamt 247 Tarifverträge, die gekündigt sind und wieder erneuert werden müssen.

Die Unternehmer wenden sich in der Denkschrift dagegen, daß die Arbeiter in fast allen Fällen erhebliche Lohnforderungen stellen. Sie erblicken hierin eine gefährliche Politik, für die die Gewerkschaften verantwortlich seien. Bisher habe die Industrie bei einem scharfen Tempo der Rationalisierung einen gewissen Ausgleich für die außerordentliche und schnelle Steigerung der Selbstkosten schaffen können. Das würde in der Zukunft unmöglich sein, weil sich die Rationalisierung weder technisch noch finanziell unbegrenzt fortsetzen lasse. Die Unternehmer sehen in den Lohnbewegungen weiter ein Abbremsen der Konjunktur. Aus all diesen Gründen sieht sich die Vereinigung der Arbeitgeberverbände veranlaßt, vor dieser angeblich gefährlichen Politik zu warnen.

Der Zweck der Denkschrift ist nicht schwer zu erründen. Angesichts der Massenhaftigkeit der in diesem Frühjahr andrehenden Bewegungen versuchen die Unternehmer natürlich die Regierung, die Öffentlichkeit, die Parlamente und die Presse für sich zu gewinnen. Die Unternehmer klagen dabei in allen Tönen. Mit keiner Silbe wird auf die Preisentwicklung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände eingegangen. Wenn breite Schichten der Arbeiterschaft dem Wünsche Ausdruck geben, ihre Verdienste zu erhöhen, so müssen dazu natürlich Gründe vorhanden sein. Allerdings sind die Löhne im Vorjahre gestiegen. Im Ernst wird aber niemand behaupten wollen, daß dadurch die Lage der arbeitenden Klasse wesentlich gebessert worden ist. Das alles scheint für die Unternehmer nicht zu bestehen, sondern sie geben nur von dem engbegrenzten Gesichtsfeld ihres Betriebes aus, wobei sie den Arbeiter nur als Unkostenfaktor in Rechnung stellen. Es wird notwendig sein, die verstärkte Propaganda der Unternehmer im Auge zu behalten. Der Kampf der Metallarbeiter in Mitteldeutschland hat gezeigt, daß die Unternehmer gerüstet sind und mit allen Mitteln den Forderungen der Arbeiterschaft entgegenzutreten.

Der Kampf in der Metallindustrie wird als Generaloffensive betrachtet. Die Kämpfe werden mit einer Hartnäckigkeit ausgefochten, wie nie zuvor. Diese Art der Kampfführung wird auch für die Zukunft von großer Bedeutung sein. Wie die „Bergwerks-Zeitung“ die Zukunft aussieht, dafür ein Beispiel: „Der starke Vorstoß der Gewerkschaften und die schwächliche Haltung des Reichsarbeitsministeriums haben die deutsche Eisenindustrie zu einer Einheitsfront zusammenggeführt. Wir wollen hoffen, daß diese Einheitsfront, die heute mehr als je notwendig ist, auch über die Kampfzeiten hinaus bestehen bleibt und Früchte trägt.“ Demnach haben wir noch allerhand zu erwarten. Die Organisationsverhältnisse der Arbeiter und der Unternehmer sind betanlich so, daß letztere viel fester und inniger miteinander verbunden sind. Wenn die Unternehmer sich also zu einer noch festere Einheitsfront verbinden, dann wissen wir,

daß die Arbeiter Mühe haben, dem zu folgen. Es sind mehr oder weniger Entscheidungskämpfe, die das wirtschaftliche Leben der Zukunft erfüllen. Sieger wird bleiben, wer über feste Organisationen verfügt.

## Was jeder wissen sollte.

Bearbeitet und zusammengefaßt von M. Abramowitsch-Sefimof.  
(Nachdruck und Uebersetzung ohne Genehmigung des Verfassers verboten.)

### Wert

wird im alltäglichen Sprachgebrauch irrtümlicherweise sehr häufig mit ganz anderen Begriffen verwechselt. So z. B. ist mit der üblichen Redensart: „Es ist für mich von großem Wert...“ nicht eigentlich „Wert“, sondern „Belang“ gemeint. Ebenso oft wird „Wert“ mit „Nutzen“ verwechselt. Alle diese Unterstellungen tragen nur dazu bei, den eigentlichen Inhalt des Begriffes „Wert“ zu verfälschen oder zu verbunkeln. Der Begriff „Nutzen“ bezieht sich auf denjenigen praktischen Vorteil, der sich für jeden einzelnen ergibt, der von dem betreffenden Gegenstande Gebrauch macht; „Nutzen“ stellt sich also erst als Ergebnis des Gebrauchmachens (Benutzung) ein. Demgegenüber ist „Wert“ ein durchaus soziales (gesellschaftliches) Moment, welches darin gegeben ist, daß die Möglichkeit für den einen besteht, der Nutznießer der Arbeitsergebnisse der anderen zu werden. Maßgebend ist hier also lediglich die Möglichkeit der Nutznießung, nicht aber die Gebrauchmachung selbst. Diese Möglichkeit, von den Arbeitsergebnissen der anderen Gebrauch zu machen, entsteht aber erst, indem zwischen der Herstellung des Wertgegenstandes und seiner Verwendung eine (und sei es auch noch so geringe) Zeitspanne sich einstellt, oder, mit anderen Worten: indem der betreffende Gegenstand auf Vorrat geschaffen wird. Das Vorratsschaffen ist folglich die unerlässliche Voraussetzung für das Zustandekommen jeglicher (ob „materieller“, ob „geistiger“) Werte. Und somit ist „Wert“ — ein durch Arbeit geschaffener Vorrat an Befriedigungsmöglichkeiten für irgendwelche gemeinmenschlichen Bedürfnisse.

### Kultur

bezieht sich nicht nur (wie bisweilen mißverständlich gemeinet wird) allein auf das „geistige“ Leben in der menschlichen Gesellschaft, sondern auch auf alle anderen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens und Schaffens. Man spricht — und mit Recht — auch von politischer und von wirtschaftlicher Kultur; ja sogar von einzelnen Teilgebieten der letzteren, wie z. B. von der Agrilkultur (landwirtschaftlicher Kultur), Kultur erstreckt sich also auf alle, sich voneinander so sehr unterscheidende Gebiete des gesellschaftlichen Lebens. Das Wesen der Kultur läßt sich deshalb nur bestimmen, indem man diejenige Eigenschaft feststellt, die allen so sehr verschiedenen, jedoch zur Kultur schlechthin gehörenden Dingen trotz aller Verschiedenheit gleichermaßen eigen ist. Das einzige aber, was derartig verschiedenen Dingen, wie beispielsweise künstlerischer Gedicht (geistige Kultur) und Pflanzkultur (landwirtschaftliche Kultur) gleichermaßen gegeben ist, ist der Umstand, daß jedes irgend-einen gesellschaftlichen Wert darstellt. Somit ist Kultur schlechthin als Ganzes — die Gesamtheit der jeweilig bestehenden Werte.

### Klassenkultur.

In einer nach Klassen gegliederten Gesellschaft entspricht die Struktur (Art) der sozialen Werte stets der besonderen Struktur der von den betreffenden Klassen ausgeübten gesellschaftlichen Funktionen. In jeder Klassengesellschaft aber überwiegt stets irgendeine bestimmte Klasse, deren eigenartige soziale Funktion im Vordergrund des gesellschaftlichen Lebens steht (Altertum: Latifundienbesitzer, Mittelalter: Feudalherren, Gegenwart: Kapitalistenklasse) und der Wertegeamtheit oder, was dasselbe ist, der Kultur ihres Zeitalters das entsprechende Gepräge gibt. In diesem Sinne kann und muß man von den Kulturen der verschiedenen Klassengesellschaften als von Klassenkulturen sprechen. Klassenkultur ist also nichts anderes als der durch die Sonderart einer bestimmten Klassenfunktion hervorgerufene und deshalb klassenmäßig eigenartige Kulturtypus.

### Zivilisation.

Gesittung, Ordnungspflege, kultivierte Formen des menschlichen Verhaltens und Verkehrs wird von vielen fälschlicherweise als der Kultur gegenüberstehend hingestellt. Man nimmt an — und sehr zu Unrecht — daß es zwischen beiden ein grundsätzlicher Unterschied gibt, der darin bestehen soll, daß Zivilisation die Neuverhältnisse des gesellschaftlichen Lebens der Menschen umfaßt, während Kultur sich angeblich ausschließlich auf das Innenleben bezieht. Es kann aber bei näherer Betrachtung nicht schwerfallen, zu erkennen, daß, wenn auch die Anwendungsgebiete der beiden verschieden — ihre eigentliche soziale Wesenheit doch die gleiche ist. Denn Gesittung, Ordnungspflege usw. sind Dinge, die, auf einer gewissen Entwicklungsstufe, für das Gedeihen des gesellschaftlichen Lebens erforderlich sind. Und sie bestehen auch nur deshalb, weil sie für das Leben erforderlich sind; sie sind also gesellschaftliche Werte und gehören in dieser ihrer Eigenschaft ebenfalls zur Kultur schlechthin. Zivilisation verhält sich zur Kultur wie ein Teil zum Ganzen; sie ist jenes Teilgebiet der menschlichen Kultur, welches die auf die äußeren Formen bezugnehmenden Werte umfaßt.

### Aus den Zahlstellen.

**Kassel.** Mitgliederversammlung am 10. Februar. Nach der üblichen Eröffnung des verstorbenen Kollegen Heinrich Fuhrmann in Firma Weber und Wiedemeyer, machte der Vorsitzende auf die demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen aufmerksam und ersuchte die Mitgliedschaft dringend, nur solche Personen zu wählen, welche dies Amt auch gewissenhaft ausfüllen. Hierauf erstattete Kollege Goldmann den Kasellbericht vom 4. Quartal 1927, dessen Richtigkeit die Revisoren bestätigten, worauf dem Kassierer Enklosung zuteil wurde. Der Vorsitzende hielt es für angebracht, nochmals auf das Reitanerweilen hinzuweisen und ermahnte die Säumigen, in Zukunft etwas pünktlicher in der Beitragsleistung zu sein und dem ohnehin schon schwer belasteten Kassierer die Arbeit zu erleichtern. Hierauf hielt anser Gauleiter, Kollege Raab, einen recht verständlichen Vortrag über unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Bei einem Rückblick auf das Jahr 1927 lie deutlich zu erkennen, daß unsere Löhne mit den immer höher steigenden Preisen für die gesamte Lebenshaltung nicht im geringsten Schritt halten konnten und nur für das Allernotwendigste ausreichen. Auch eine im November vorigen Jahres erneute Anbahnung zur Aufbesserung unserer Löhne war ergebnislos. Man lie daher mit Recht der Ansicht, jedes weitere Lohnabkommen so kurzfristig wie nur irgend möglich abzuschließen.

Da nun bereits am 8. März für uns die Lohnverhandlungen beginnen, müssen wir uns zu diesen Lohnkämpfen rüsten und unsere Arbeitkraft, welche hauptsächlich bei den Kollegen bis ins hohe Alter ausgenutzt wird, so teuer wie möglich verkaufen. Besonders stark lie die Interessiertheit unter unserer jüngeren weiblichen Mitgliedschaft, welche glaubt, mit der Heirat höre das Arbeitgehen auf. Diese Kolleginnen sollten sich nur keiner Täuschung hingeben, denn unzählige Fälle beweisen das Gegenteil. Mit einem Appell an die Versammelten, bei den kommenden Betriebsratswahlen die Worte des Vorsitzenden zu beherzigen, schloß der Gauleiter seine interessanten Ausführungen. Der mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Gauleiters rief eine rege Diskussion hervor, an welcher sich verschiedene Kollegen beteiligten und die dahin ging, daß innerhalb der Kasseler Mitgliedschaft das Solidaritätsgefühl besser gepflegt und mehr Organisationsarbeit geleistet werden müsse. Der Punkt Verschiedenes brachte dann noch einige interne Angelegenheiten zur Erörterung, worauf die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen wurde.

**Königsberg i. Pr.** Am 14. Februar fand die gut besuchte Generalsoerammlung der Zahlstelle statt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Kündigung unseres Lohn tariffs“ gab der Vorsitzende einen kleinen Rückblick über das Zustandekommen des alten Lohnabkommens. Wenn es auch damals so schien, als ob wir einen Erfolg durch die Aufbesserung unseres Lohnes erzielt hätten, so wurde die Kollegenschaft schon nach einigen Wochen in der Ueberzeugung gefaßt, daß auch dieser Lohnausgleich mit der ansehenden Teuerung nicht kräftighalten würde. Sie billigt deshalb die Kündigung des Lohnabkommens durch den Verbandsvorstand und gelobt wieder alles daran zu liegen um zu einer Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage zu kommen. Sie spricht dem Verbandsvorstand ihr volles Vertrauen aus.

Zum Bericht des Vorstandes gab der Vorsitzende einen Ueberblick über das abgelaufene Geschäftsjahr. Auf organijatorischem Gebiete sind wir einen guten Schritt weiter

ihm niemals die Freude des alten Handwerks, die Freude am Gelingen, am Aufbau des eigenen Wertes erleben läßt. Entprechtigt unsere Arbeit, in der wir uns selbst nicht mehr finden und ausdrücken können; denn mechanisch sind die Hände geworden, die wir am „laufenden Band“ zu verrichten haben. Wir werden Räder, Hebel, Arme eines Uhrwerks, dessen Ganzes wir oft nicht übersehen, in dessen Aufbau wir einbezogen werden als lebende Glieder einer Maschine...

Über je einformiger unser Tagewerk verläuft, um so größer und ungestümer wird unsere Sehnsucht nach Erlebnissen, die uns über den Alltag tragen, unser Empfinden steigern, unseren inneren Menschen erlassen und befehligen und mit dem Willen zu eigenem Gestalten neue Kraft und Lebensfreude in uns erwecken.

Wenn der Arbeitstag zu Ende geht, dürfen wir uns endlich wieder selbst gehören. Je nach Veranlagung werden wir unsere Freizeit nützen. Tausende huldigen dem Sport oder suchen Unterhaltung. Die Arbeiterschaft, die für künstlerische Bestrebungen Interesse zeigt, findet sich in den Volkstheatern, und will sie sich künstlerisch ausleben und betätigen, in den Sprechbühnen der Arbeiterschaft und, nicht zuletzt, in den Arbeiter-Gesangsvereinen.

Die Liebe zur Kunst ergreift weite Kreise des werttätigen Volkes. Die Pflege der Hausmusik, soweit sie künstlerische Ziele verfolgt, wurde abgelöst durch Singen und Musizieren in unseren Arbeiterchören. Es wird in Deutschland nicht in unseren Arbeiterchören, die noch keinen Arbeiterchor besitzen, allzu viele Orte geben, die noch gerade in Kleinstadt und Grenzortshörme finden die künstlerisch durchaus beachtliche Industriedorf Volkstheater, die künstlerisch durchaus beachtliche Arbeit leisten, die, von einem vorbildlichen Geist befeuert, über die politischen Gegensätze der Arbeiterschaft hinweg Rind, Jungvögel, Mann und Frau zur proletarischen Erziehungs- und Bildungsarbeit hinführen.

In den Chören der Arbeiterschaft wird der einzelne als vollwertiges Glied eines größeren Ganzen gewertet.

Wohl ist er auch hier nur ein Teil des Ganzen, das sich einzureihen hat, doch nimmt er nachschaffend am Gesamtaufbau eines Liedes, eines größeren Chorwertes, das in den Konzerten seiner Sängergemeinschaft aufgeführt werden soll, teil. Er kennt sich aus. Aus dem innersten Kern heraus lieht er das Werk erstehen; ihm ist er verbunden, mit ihm verwaschen; ein Teil des Schöpfergüdes, das der künstlerisch Schaffende empfinden mag, wird auch ihm gegeben. Und was man in oftmals anstrengender Vorbereitungszeit sich erarbeitet, sich erfragen hat, das darf man seinen Arbeitsbrüdern und -schwestern danken; wir öffnen ihnen den Zugang zu einer schöneren, freieren Welt...

Vor der breitesten Öffentlichkeit wollen die deutschen Arbeiterchöre Zeugnis ablegen dafür, daß sie ihre Arbeit ernst nehmen und ihre gelangende Betätigung ernst genommen wissen wollen. Die Arbeiterlängerschaft wird ein Fest begehen, dem heute bereits von weitesten Kreisen mit Interesse und Spannung entgegengesehen wird.

Arbeiterlängereinnen und Arbeiterlänger, Freunde des deutschen Arbeitergesanges! Wir erwarten, daß ihr in den Junitage dieses Jahres euch zu uns gesellt! Es ist nun an der Zeit, daß ihr uns sagt und schreibt: wir kommen mit, wir fühlen uns dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund so stark verbunden, daß wir auch einmal größere Opfer aufzubringen uns nicht scheuen.

An jeden ist der Ruf gerichtet: Auf nach Hannover, zum ersten Bundesfest der Deutschen Arbeiterlängerschaft! Der 16., 17. und 18. Juni soll uns zu Zehntausenden in Hannover zusammenführen!

Einer Woche Hammer Schlag,  
Einer Woche Häuserquader  
Zittern noch in unseren Ädern;  
Aber keiner mag zu habern;  
Herrlich lacht der Sonntag!

genommen. Hatten wir am Jahreschluss 1926 einen Mitgliederstand von 166, so können wir am Schluss des Berichtsjahres einen solchen von 193 buchen. Auch in der Bronx haben wir in zwei Druckorten Mitglieder gewonnen können in Heilsberg und in Braunsberg; in Margarabawa, Reidenburg und Elbing haben wir Einzelzahler. Ausgetreten bzw. zu einer anderen Organisation übergetreten sind vier männliche und zwölf weibliche, eingetreten bzw. von einer anderen Organisation zu uns übergetreten sind fünf männliche und 37 weibliche Mitglieder. Arbeitslos waren neun weibliche Mitglieder mit 93 und ein männliches Mitglied mit 17 Wochen. Krank waren 48 weibliche mit 219 und 7 männliche mit 47 Wochen. Die Geschäfte am Orte wurden erledigt durch eine Generalversammlung, drei Mitgliedererfassungen und fünf Vorstandssitzungen. Der Vorsitzende bemängelte den früheren schlechten Besuch der Mitgliedererfassungen, so daß es unter den gegebenen Umständen nicht angebracht erschien, wie in der Generalversammlung beschließen, allmonatlich eine Mitgliedererfassung abzuhalten. Er forderte die Mitglieder auf, im neuen Geschäftsjahr die Versammlungen vollständig zu besuchen, dann könne mehr zur Aufklärung und Bildung der Mitglieder unternommen werden.

Der Jahresabschlussbericht hatte für die Hauptkasse eine Einnahme von 7375,— M. und eine Ausgabe von 1142,72 M., so daß an den Gauleiter 6232,28 M. gelangt werden konnten. Die Vorkasse hatte am Schluß des Jahres 1926 einen Kassenbestand von 466,28 M. Sie schloß in Einnahmen und Ausgaben mit 2003,68 M. und einen Kassenbestand von 406,42 M. ab. Unter Punkt 3 bestätigten die Mitglieder die Nichtigkeit der Kassenführung und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorsitzende begründete dann die Notwendigkeit der Erhöhung des Vorkassentrages, die sich durch die Erhöhung der Porto- und aller anderen Ausgaben als notwendig erwies. Es wurde beschlossen, die drei ersten Klassen von 5 auf 10 Pf., alle übrigen Klassen von 10 auf 20 Pf. ab 1. März zu erhöhen. Bei Punkt 4 wurden der alte Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Nur an Stelle eines auscheidenden Kassierers mußte ein anderer Kollege gewählt werden.

Unter Punkt 5 beschloß man auf die Feier unseres 21jährigen Stiftungstages hingewiesen werden, welches am Sonntag, den 4. März im Gewerkschaftshaus stattfindet. Auch wurde ein Antrag angenommen, der dem Schriftführer eine Entschädigung von 10 Mark pro Quartal für seine Tätigkeit zuspricht. Der bisherige und auch der neue Vorsitzende sowie ein anderes Mitglied des neuen Vorstandes des Buchdruckerverbandes hatten an unserer Generalversammlung teilgenommen. Sie sprachen anerkennende Worte und wünschten, daß es stets so sein möge, in guten wie in schweren Tagen. Unter Vorsitzende dankte den beiden Rednern und wies darauf hin, daß die Zusammenarbeit mit dem bisherigen Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes ein sehr gutes gewesen ist und sprach die Hoffnung und den Wunsch aus, daß dieses mit dem neuen Vorsitzenden ebenso sein möge. Mit der Aufforderung an die Mitglieder, zum kommenden Lohnkampf gerüstet zu sein und mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

## Rundschau.

**Die Gewerkschaftsstatistik über die Arbeitslosigkeit.** Nach den Feststellungen der vom ADGB angefertigten Gewerkschaften betrug die Arbeitslosigkeit Ende Januar 11,4 Proz. gegen 12,9 Proz. Ende Dezember. Die Kurzarbeit stellte sich auf 3,5 Proz. (3,0) der Mitglieder. Danach beschäftigt auch die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften, daß die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sich in der zweiten Hälfte des Januar verbessert haben. Am höchsten war die Arbeitslosigkeit bei den Saisonberufen, allen voran bei den Bauarbeitern. Den höchsten Prozentsatz der Beschäftigungslosen hat der Verband der Buchdrucker mit 56,8 Proz.

**Wichtig für die Betriebsräteverwalter.** Der große neue Kommentar zum Betriebsrätegesetz von Flatow, der im Buchhandel 18,— M. kostet, kann für unsere Mitglieder zum Preise von 6,— M. durch den Verbandsvorstand bezogen werden. Der wesentlich reduzierte Preis kommt nur für Gewerkschaftsmitglieder in Betracht, die die Bücher bei der Organisationsleistung bestellen müssen. Die Anschaffung dieses Kommentars kann unseren Betriebsräten wie allen Funktionären nur dringend empfohlen werden.

**Steuerabzug bei Zahlung auf Grund arbeitsgerichtlicher Urteile.** Mit Rücksicht auf die Bestimmungen über die Arbeitsvollstreckung war es bisher üblich, daß das Gericht, wenn es dem Arbeitnehmer durch Urteil einen Lohnbetrag zuspricht, gleichzeitig zum Ausdruck brachte, daß der Betrag nur unter Abzug des in Frage kommenden zahlmäßig festgelegten Steuerbetrages auszusuchen sei bzw. die Vollstreckung nur unter Berücksichtigung des Abzuges vorgenommen werden dürfe. Der Reichsfinanzhof hat sich nunmehr in einem Gutachten dahin ausgesprochen, daß bei gerichtlichen Austrag des Lohnanspruches der Arbeitnehmer auf den vollen Lohn (ohne Steuerabzug) klagen müsse, daß das Gericht die Abzugspflicht nicht zu berücksichtigen habe, daß der Arbeitgeber aber von der Urteils- oder Vergleichsumme den vorgeschriebenen Steuerabzug machen müsse. Die einzelnen Länder werden hierzu wahrscheinlich noch besondere Anordnungen treffen. Der preussische Justizminister hat bereits angeordnet, daß im Urteil tenuitlich zu machen ist, daß es sich um Arbeitslohnforderungen handelt und daß die Gerichtsvollzieher bei beigetriebenen Lohnbeträgen über 100 M. dem Finanzamt von der Zahlung an den Arbeitnehmer Mitteilung machen und zugleich angeben müssen, ob der Lohnabzug nachgewiesen ist oder nicht. Der Arbeitgeber hat also seinerseits die Verpflichtung, wenn er nicht Gefahr laufen will, vom Finanzamt haften gemacht zu werden, bei gerichtlicher Beurteilung den Steuerabzug wie sonst bei der Lohnauszahlung vorzunehmen.

**Ein Wohnfund, der durch Lebensstände erworben wurde.** Eine der schlimmsten Angelegenheiten, denen man im Arbeiterleben begegnet, ist das Lebensfundschieben. Gewiß sind sie nicht ganz zu vermeiden, wenn irgend eine Arbeit drängt, aber jene Sucht, ohne Rücksicht auf die Gesundheit und die Freizeit Lebensstände zu leisten, sollte soweit als irgend möglich vermieden werden. Die Vertüzung der Arbeitszeit ist die größte Kulturart der Gewerkschaften. Und diese Arbeitszeitvertüzung hat der Ergiebigkeit im Produktionsprozess noch keinen Abbruch getan. Die Unternehmer wehren sich gegen die Vertüzung der Arbeitszeit

und sehnen sich nach jenen Zeiten zurück, wo die Arbeiter in langer Fron an die Fabriken gesiebelt waren und darüber hinaus noch Lebensländen leisteten. Ein Berichtserstatler des „B. T.“ hat kürzlich das Ruhrgebiet besucht und darüber geschrieben. In dem Bericht über die Kruppische Fabrik in Essen befindet sich folgende charakteristische Stelle: „Wenn die Tür eines Schmelzofens sich öffnet und man angeht wird von jener Hitze, die den Stahl schmilzt, begreift man nicht, wie Menschen es acht Stunden hier auszuhalten vermögen. Dennoch hat sich die Industrie auf das äußerste dagegen gewehrt, als wenn sie für diese Arbeiterkategorie der achtstündige Arbeitstag obligatorisch erklärt werden sollte. Mein freundlicher Führer erklärte neben den Sozialisten die Beschränkung der Arbeitszeit als den ärgsten Hemmschuh der industriellen Entwicklung und gleichzeitig als das größte Hindernis für den materiellen Aufstieg der Arbeiter. „Vergessen wir doch nicht“, sagte er wörtlich, „daß der Wohlstand der Krupp-Arbeiter vor dem Kriege in den Lebensständen erworben worden ist.“ Das würde bedeuten, daß selbst in dem wirtschaftlich guten Vorkriegszeit der Arbeiter bei regulärer Arbeitszeit nur das Existenzminimum hatte. Man kann dem herrschenden System der Verteilung von Arbeit und Ertrag kein schärferes Urteil sprechen.“

Diesen Worten eines bürgerlichen Schriftstellers ist wenig hinzuzufügen. Selbst ihm gehen die Ansichten der Eisenkönige über die Hutführung.

**Staatsausgaben, die nicht ausgegeben wurden.** Das außerordentliche Budget des Reiches enthält Ausgaben, die im ordentlichen Budget keinen Raum finden und entweder mit den Kriegsausgaben in Verbindung stehen oder aber andere Ausgaben, die grundsätzlich auf dem Anleiheweg gedeckt werden sollten, enthalten. Bekanntlich sind diese Ausgaben dem Reparationsagenten ein Dorn im Auge. Wie Richard Lenz in der „Bierlei-Jahreschrift für Steuer- und Finanzrecht“ ausführt, wurde jedoch ein beträchtlicher Teil dieser im außerordentlichen Budget bewilligten Ausgaben in Wirklichkeit nicht bzw. nicht ganz ausgegeben. Es lohnt sich festzustellen, um welche Posten es sich bei diesen bewilligten, aber nicht verwendeten Staatsausgaben handelt. Im Etat für 1906 wurden für die Beschaffung von Kleinwohnungen 200 Millionen Mark bewilligt, um die Länder in den Stand zu setzen, Zwischensiedlungen auf erste Hypothek für Kleinwohnungen zu gewähren. Davon wurden nur 138 Millionen ausgegeben. Für Siedlungszwecke wurden 1926 und 1927 je 50 Millionen Mark bewilligt; ausgegeben wurden aber 1926 nur 27 Millionen, obwohl die fast gefallenen Grundstückspreise eine gute Gelegenheit zum billigen Erwerb von Grundstücken für Siedlungszwecke geboten hätten. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm vom Juli 1926 hat für die Jahre 1926 und 1927 je 130 Millionen Mark für die Besserung des Arbeitsmarktes und Förderung wirtschaftlich wertvoller Arbeiten bewilligt. In der Rechnung für 1926 liegen für diesen Zweck — trotz großer Arbeitslosigkeit in dieser Periode — keine Ausgaben vor. Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms wurden für Eisenbahnbauten 54,5 Millionen bewilligt, davon wurden 1926 11,2, 1927 30 Millionen angefordert. Auch für den Ausbau der Kriegsflotte wurden im außerordentlichen Budget jährlich steigende Summen, 1927/28 57 Millionen Mark eingelegt. Doch haben wir keinen Grund anzunehmen, daß auch bei diesen außerordentlichen Ausgaben die gleiche Zurückhaltung geübt wurde, wie dies bei den erwähnten andern, vorwiegend für soziale Zwecke bestimmten Staatsausgaben der Fall war.

**Die Bedeutung der Berufsberatung.** Wieder kommt die Zeit, wo große Scharen von Jungen und Mädels in das Berufsleben hinaustreten. Da fällt der Blick wieder auf eine Einrichtung, die der größten Förderung bedarf: der Berufsberatung. In allen größeren Städten bestehen Berufsberatungsstellen oder Berufsämter. Deren Aufgaben bestehen in der planmäßigen Vorbereitung der Berufswahl Jugendlichen und in der Auffklärung der Defizienten über Berufsfragen usw. Die Berufsberatung besagt, daß der rechte Mann an den rechten Platz kommt. Wenn dies erreicht werden soll, so muß neben der Neigung des Jugendlichen auch die Berufseignung berücksichtigt werden. Die Neigung zu einem Berufe ist bei der Wehrzahl der Kinder starken Schwankungen unterworfen und in der Regel vom Zufall eingegeben. Hier setzt die Tätigkeit der Berufsämter ein. Sie haben nicht nur die Aufgaben, die Neigung und die Fähigkeiten der Schüler zu berücksichtigen, sondern auch ihren körperlichen Zustand, ferner die Lage und die Aufnahmebereitschaft der einzelnen Berufe zu beachten. Die neu ins Leben tretenden Arbeitskräfte sollen eine der wirtschaftlichen Lage entsprechende Verteilung finden. Daß die Berufswünsche mit der wirtschaftlichen Lage teilweise schlecht übereinstimmen und die Jungen sich Berufen zuwenden, die zufällig von der Entwicklung begünstigt werden, zeigt eine Aufstellung des Düsseldorf-Berufsamts über die Berufswünsche der Eltern 1928 zur Entlassung kommenden Volksschüler. Es wollen werden: Schreiner 199, Friseur 169, Elektriker 135, Autohilf 111, Vater und Anstreicher 102. Dagegen: Schmiede aller Art 3, Dreher 17, Modellstreuer 12 und Formner 2. Ein solches, für einige Berufe ungünstiges Verhältnis muß die Berufsberatung auszugleichen versuchen. Die Zuführung der aus der Schule Entlassenen zu den Berufsämtern ist dringend zu empfehlen. Mande Entlassungen können dadurch von vornherein vermieden werden.

**Mehr Arbeiter als Schöffen und Geschworene.** Aus einer für meiste Kreise der Bevölkerung bedeutsamen allgemeinen Verfügung des preussischen Justizministers wird amtlich u. a. folgendes mitgeteilt:

„Dem Grundgedanken, auf dem die Einrichtung der Schwurgerichte und der Schöffengerichte beruht, können diese Gerichte nur dann gerecht werden, wenn nach Möglichkeit alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig zum Amte als Geschworene und Schöffen herangezogen werden. Bereits in der Verfügung vom 17. August 1921 ist auf diesen Gesichtspunkt und insbesondere auch auf die Notwendigkeit einer angemessenen Berücksichtigung der Arbeiterschaft und ihr gleichberechtigter Personenteile bei der Wahl der Schöffen und Geschworenen hingewiesen worden. Gleichwohl sind in der letzten Zeit wiederholt Klagen darüber laut geworden, daß die Arbeiter im Verhältnis zu anderen Berufsständen nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt worden seien. Vom Justizminister veranlaßte Feststellungen haben ergeben, daß diese Klagen, meistens für eine Reihe von Bezirken, begründet sind. Aufgabe des Amtsrichters als Vorsitzenden

des für die Wahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Ausschusses wird es sein, zur Beseitigung dieses Mißstandes in den Ausschüssen stets mit Rücksicht auf die Wichtigkeit einer gleichmäßigen Verteilung der Schöffen und Geschworenen auf alle Bevölkerungsschichten, insbesondere auch auf die Arbeiterschaft, hinzuwirken.“

„Hoffentlich wird die Verfügung auch — durchgeführt.“

**Die Errichtung des größten Konsumgenossenschaftlichen Warenhauses.** Die Konsumgenossenschaften wagen den kühnen Versuch, mit den großstädtischen Warenhauskonzernen in Konkurrenz zu treten. Die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend hat vor einigen Tagen ein Warenhaus eröffnet, das das größte und schönste aller deutschen Konsumgenossenschaftlichen Warenhäuser sein dürfte. Wichtig und maßgebend ist die Warenanlage im Dösen Berlin. In fünf Geschossen liegen die Waren aus und bieten sich dem Käufer an. 7000 Quadratmeter Nutzfläche sind vorhanden, wovon 5000 auf die Warenabgabe entfallen. Das Kaufhaus hat insgesamt 70 Meter Straßenvorfront. 70 mächtige Fenster lassen die gewaltigen Räume von Licht durchfluten. In dem Kaufhaus werden 180 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Auf erstklassiges Verkaufspersonal, vermittelt vom ZDA, wurde Gewicht gelegt. Denn auch der Arbeiter will heute gut und freundlich bedient werden. Sollen wir aufpassen, was in diesem Kaufpalast zu haben ist? Wir wollen uns die Mühe sparen. Es ist alles zu haben, was der Arbeiter, Angestellte und Beamte zum täglichen Leben notwendig hat, von der billigsten Ware bis zum Luxusgegenstand. Ein Erfrischungsraum, sauber, hell und freundlich gehalten, ladet die Arbeiterfrauen zum Ausruhen ein. Die Speisen und Getränke sind von der bestmöglichen vorzüglichen Qualität und vor allem: alles ist spottbillig! Der Umbau des Warenhauses war eine technische Leistung. Ehemals ein Konfektionshaus der Firma Maßen wurde es am 3. Januar dieses Jahres übernommen und in knapp sechs Wochen vollständig umgebaut. Teilweise waren 500 Arbeiter beschäftigt. Die Arbeiten wurden in der Hauptsache von den der Arbeiterschaft nahestehenden Betrieben, wie Bauhütte, Materialhütte usw. geleistet. Durch die private Geschäftswelt ging ein Ragunen und Stauern zugleich. Der junge Riese Konsumgenossenschaft reißt sich. Er nimmt den Kampf auf. Ein Anfang, ein Versuch, zu den bisher schon vorhandenen kleinen Warenhäusern ein großes Unternehmen zu fügen. Hoffen wir, daß bald in allen Gegenden der Weltstadt Berlin und in anderen Großstädten des Reiches neue und noch größere konsumgenossenschaftliche Warenhäuser aus dem Boden wachsen. Den breiten Massen zu Ruh und der großstädtischen Konkurrenz zum Trutz!

**Glückliches Land!** In der illustrierten Wochenschrift „Volk und Zeit“ berichtet Walter Stöltig über Australien folgendes: Was Australien aber am Liebstenwertesten macht unter allen Ländern der Erde, ist sein unerreichter Ausgleich in der Verteilung der Güter. Die straffe gewerkschaftliche Organisation der australischen Arbeiter hat erreicht, daß jeder ein Haus und einen Garten sowie ein Automobil sein eigen nennen kann, und daß nicht allein der Arbeitsfundament, sondern die 44-Stunden-Woche praktisch durchgeführt ist, wo von Montag bis Donnerstag neun, Freitag acht Stunden gearbeitet wird und am Samstag und Sonntag frei sind. Die gesetzlich festgesetzten Mindestlöhne betragen 95 M. die Woche für gelernte Arbeiter, doch steigen sie bis 120 und 140 M. bei fast gleichen Preisen wie in Deutschland. In Neu-Südwalles wird außerdem eine staatliche Erziehungsbillette für jedes Kind gewährt und jeder Australier, der sein 65. Lebensjahr vollendet hat, erhält eine Staatspension von 20 M. wöchentlich, ohne daß er je hätte arbeiten müssen.“

## Literatur.

**Urania.** Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beilagen „Estates Wandern“, „Der Leib“, der Liebesgaben und den vierteljährlich beigegebenen Buchgaben, Probehefte und Prospekte auf Verlangen portofrei und gratis durch die Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena.

**Filme, Lichtbilder** aus dem Film- und Lichtbildarchiv des Deutschen Soldaten-Verbandes, Verbandsvorstand, Berlin 1928.

**„Reichsversicherungsordnung“.** Textausgabe, Tafelformat. Verlags-Gesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Str. 137; in Leinen geb. 2 RM.

## Abrechnungen.

In der Woche vom 20. bis 25. Februar sind nachstehende Abrechnungen für das 4. Quartal 1927 bei der Hauptkasse eingegangen: Gau 1 aus Köln, Gau 3 aus Stutgart, Gau 5 aus Dresden, Gau 7 aus Stettin, Gau 7 aus Breslau.

Einsendungen kamen aus: Köln 17 550,39 M., Stuttgart 10 693,25 M., Dresden 20 236,09 M., Stettin: Restbetrag: 1741,05 M., Breslau 2 Teilbetrag: 1500,— M., Gau Thüringen 1. Rate für das 1. Quartal 1928: 1000,— M. Berlin, den 25. Februar 1928.

H. Lohdahl.

Für die Woche vom 26. Februar bis 3. März ist die Beitragsmarke für das 9. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

**Garantie-Fahrräder**  
Markenpreislaut, 19 Bereifung, fracht- u. verladungsfrei g. Teilzahl

Spezialrad geg. bar

Anzahlung m 10-  
Wochenrate m 2.50

Justiz-Katrolg kostenlos  
Autofahrer G.m.b.H.  
Alexandrinenstr. 20  
Berlin-SW68/1 589



Verantwortlich für Redaktion: R. Schulte, Charlottenburg, Weichselstraße 16. Fernruf: Amt Weiland 1328. Verlag: G. Lohdahl, Charlottenburg. — Druck: Fortwächter Buchdruckerei und Verlagsanstalt Bau-Engel u. Co., Berlin GSB. 68.